

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. beiderlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mt. - Durch die Post bezogen 2.- Mt. ohne Beklebung Telefon Sammelnummer 72208
Verkaufsstelle: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72208

Insertionspreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfg., bei Wapportchrift 40 Pfg.
Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten die 10erzeile Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Insetrate v. ausw. die 10erzeile Kolonelle 40 Pfg. bei Wapportchrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mt

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, urfere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Keine Entspannung in der Mandchurei

Schiedspruch der USA? Litwinow hofft auf Amerika

SPD London, 16. Juli.

Die amerikanische Presse meldet aus Moskau, daß Litwinow für den Fall einer negativen Antwort der chinesischen Regierung auf die russische Note die Absicht habe, Amerika um einen Schiedspruch in dem russisch-chinesischen Streit über die Ostchinesische Eisenbahn zu bitten. Angeblich beabsichtigt Litwinow, sich bei diesem Schritt darauf zu stützen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Rußland seinerzeit warmherzig eingeladen habe, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen.

Die amerikanische Presse weiß ferner zu berichten, daß die Note an China zu einem heftigen Konflikt zwischen Litwinow und Karahan geführt hat. Litwinow soll der Auffassung sein, daß Rußland durch den Kellogg-Pakt gebunden sei und das dreitägige Ultimatum an China daher einen Klaff bedeute.

Nach Nachrichten, die japanische Reisende aus Mandchukwei mitgebracht haben, sind Truppenbewegungen und Militärzüge auf jedem Bahnhof östlich von Karmitschaja, dem Vereinigungspunkt der ostchinesischen und der Amur-Eisenbahn, zu bemerken.

Zwischenantwort Chinas

SPD Moskau, 15. Juli.

Nach einem vom Außenkommissariat veröffentlichten Kommuniqué hat heute der chinesische Geschäftsträger in Moskau, Sia Wei Sung, dem Volkskommissar Karahan eine Note überreicht, in der er mitteilt, daß die Uebersetzung der Sowjetnote ins Chinesische erst in der Nacht des 14. Juli vollendet und das Telegramm erst Montag, 13.30 Uhr, ausgegeben worden sei. Da er ohne Instruktionen seitens des Nanking-Ministeriums des Äußeren und ohne direkte Verbindung mit der Moskauer Regierung sei, ersuchte Sia Wei Sung das Ministerium, die Sowjetnote telegraphisch nach Nanking zu übermitteln.

Ein Sowjetbevollmächtigter unterwegs

SPD London, 15. Juli.

Aus Schanghai wird auf Grund eines amtlichen chinesischen Telegramms aus Chargin gemeldet, daß Moskau den dortigen Behörden wissen ließ, daß ein Bevollmächtigter unterwegs sei, um alle Streitfragen mit den chinesischen Behörden zu erörtern. Man sieht in China in der Entsendung dieses Sonderbevollmächtigten einen Hinweis dafür, daß auch jetzt noch günstige Aussichten für eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten bestehen.

Weiterer Zwischenfall

SPD Moskau, 15. Juli.

Nach hier vorliegenden Mitteilungen erschien heute chinesische Polizei in Begleitung eines diplomatischen Kommissars auf dem Sowjetkonsulat der Ostchina-Bahnstation Pogranitschnaja und erklärte, sie wolle die drucklose Sendeanlage untersuchen. Tatsächlich jedoch plante die Polizei eine Hausdurchsuchung. Nachdem ihr der Zutritt zum Konsulat verweigert worden war, entfernte sich die Polizei. Kurz darauf umzingelten Polizeibeamte das Sowjetkonsulat und versuchten vergebens, den Zutritt zu erzwingen. Einige Zeit später erschien die Polizei auf der Postwache, entfernte sich jedoch, ohne eine Hausdurchsuchung vorzunehmen.

Rußlands Vergeltungsmaßnahmen

SPD Kowno, 15. Juli.

Wie aus Kowno gemeldet wird, verlautet von unterrichteter Seite, daß die letzte russische Note an die chinesische Regierung im Gegenzug zu den Auslegungen der europäischen Presse keine militärische Drohung enthalte. Die Sowjetregierung wolle vielmehr im Falle des Nichtzustandekommens einer friedlichen Lösung den chinesischen Geschäftsträger aus der Sowjetunion ausweisen, die chinesisch-russische Grenze an den Stationen Pogranitschnaja und Mandchuria sperren und den wirtschaftlichen Boykott über chinesische Waren verhängen. Ferner wird die Sowjetregierung die Nanking-Regierung nicht als die chinesische Zentralregierung anerkennen.

Echo des Mandchurei-Konflikts

Demonstrationen vor dem Berliner Konsulat

SPD Berlin, 16. Juli.

Am Montagabend versammelten sich auf Veranlassung der kommunistischen Partei vor dem Hause des Berliner Chinesischen Konsulats in der Beuthstraße etwa 150 Arbeiter, um gegen die Vorgänge in der Mandchurei zu protestieren. Man hörte Rufe, wie: „Nieder mit den Nanking-Kriegshehnen“, „Nieder mit den Arbeitermördern der Kuomintang“, „Schützt und verteidigt die Sowjetunion“. Gegen die Fenster des Konsulatsgebäudes wurden Steine geworfen. Die Polizei war schließlich gezwungen, einzuschreiten.

Heute abend sollen neue „Massendemonstrationen“ gegen den räuberischen Ueberfall auf die Sowjetunion in ganz Berlin stattfinden.

„Rahenjammer ohne Rausch“

Der Kampf um die Lastenverteilung

Auf dem Magdeburger Parteitag prägte der Chefredakteur des Vorwärts, Genosse Stampfer, das Wort von dem Rahenjammer ohne vorhergegangenen Rausch. Es bezog sich auf die Koalitionspolitik, die seit Jahresfrist im Reich getrieben wird. Der „Rahenjammer“ hat sich inzwischen keineswegs verflüchtigt. Vielmehr beginnt nun auch der Vorwärts einzusehen, welche Gefahren die Koalitionspolitik für die Zukunft bringen muß. Ein bemerkenswertes Zeichen für diese Erkenntnis ist ein Aufsatz, den der Vorwärts in seiner Sonntagsnummer brachte, und den wir hier — von der Kürzung einiger nebenhässlicher Sätze abgesehen — wörtlich wiedergeben. Die Redaktion.

Die Konferenz der Regierungen wird sich bis Ende August hinziehen, fast unmittelbar im Anschluß daran wird die Tagung des Völkerbundes in Genf beginnen. Der Plan, in einer Spätsommertagung des Reichstags die letzte Entscheidung über den Young-Plan vorzunehmen, wird sich angesichts dieser Dispositionen schwerlich durchführen lassen.

Die entscheidenden innerpolitischen Fragen, die mehr oder minder mit dem Young-Plan verknüpft sind — Lastenverteilung, Reform der Arbeitslosenversicherung — treten immer schärfer hervor, die entscheidenden Gegensätze beginnen sich abzuzeichnen. Sie werden im wesentlichen die politische Auseinandersetzung im Herbst bestimmen — nicht das agitatorische Gekläm des Hugenberg-Blocks, so wild er sich auch gebärdet.

Die Wiederholung jener schmähigen und innerlich verlogenen Hege der sogenannten „nationalen Opposition“, die wir aus der Zeit vor der Verabschiedung der Dawes-Gesetze zur Genüge kennen, hat bereits begonnen — sie wird wahrscheinlich diesmal noch widerwärtigere Formen annehmen als damals, da kein Republikstuhlgeläch mehr diese Leute in der Offenbarung ihrer niedrigen Gesinnung hemmt.

Die deutschnationale Hege von 1925 hat indes die Deutsche Volkspartei nicht gehindert, sich alsbald mit den Deutschnationalen zur Durchsetzung reaktionärer Maßnahmen im Innern zu verbünden, und das Gekläm des Hugenberg-Blocks von heute hindert nicht, daß das Anlehnungsbedürfnis wichtiger Teile der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen für den Kampf um die innerpolitischen Probleme immer deutlicher hervortritt.

Angesichts der Vorgänge der letzten Zeit drängt sich der Vergleich mit 1925 immer stärker auf. Die Dawes-Gesetze waren ohne die Sozialdemokratie nicht zu verabschieden. Annahme und Durchführung der Dawes-Gesetze erfolgte in zwei getrennten Phasen: Vollzug der notwendigen außenpolitischen Entscheidung, Vollzug der Entscheidung über die Lastenverteilung. Annahme des Dawes-Planes mit der Sozialdemokratie, Lastenverteilung mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie.

Es herrscht kein Zweifel darüber, daß in den Kreisen der Industrie und in den Reihen der Deutschen Volkspartei darauf hingearbeitet wird, das Spiel von 1925 zu wiederholen. Die Deutsche Volkspartei flueht zum mindesten, was Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik anbelangt, den Kurs Hugenbergs — eine Tatsache, die auch im Organ der christlichen Gewerkschaften mit Besorgnis um das Schicksal der bürgerlichen Mitte nachdrücklich unterstrichen wird. In der Finanzpolitik zieht die Volkspartei unter dem Druck der Industrie darauf ab, die Erleichterung der Reparationslast ausschließlich der sogenannten „Wirtschaft“ zugute kommen zu lassen — nicht der Volkswirtschaft, sondern der Gruppe der Großunternehmer innerhalb der Wirtschaft, mit brutaler Hintanhaltung der Interessen der breiten Volksmassen. Wenn sie Finanzreform sagt, so geht sie nicht aus von den Erfordernissen des Staates und zielt nicht auf finanzielle Kräftigung des Staates ab, sondern sie vertritt jene verhängnisvolle Finanzaushöhlpolitik, die die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stagslage hervorgerufen hat, ohne die wirtschaftliche Konjunktur im mindesten zum Besseren zu beeinflussen. Für eine derartige Finanzreform wirkt neben der Volkspartei der Hansabund, der prominente Vertreter in den Reihen der Demokratischen Partei sitzen hat.

Der Kampf um die Lastenverteilung wird sich nicht auf die Entlastung bei den Reparationszahlungen beschränken. Die Volkspartei hat am Schluß der letzten Sitzungsperiode des Reichstags ein Programm der Senkung der öffentlichen Ausgaben aufgestellt, das sich vornehmlich gegen die Sozialpolitik richtet. Der Kampf um die Lastenverteilung wird demnach im großen Stile ein Kampf um die Lebensverhältnisse der Klassen werden. Der Angriff der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung richtet sich nicht nur gegen die Erwerbslosen von heute und morgen, er gilt allen Arbeitenden, er soll die Position der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen um Lohnhöhe und Lebenshaltung schwächen.

Aus den Kreisen der sogenannten „Wirtschaft“ heraus wird systematische Vorbereitungsarbeit für einen möglichen

Streit um die Kontrollkommission

Angriffe gegen Painlevé

SPD Paris, 16. Juli.

Die französische Rechtspresse zeigt sich heute höchst entrüstet darüber, daß es Kriegsminister Painlevé wagen konnte, in einem einem englischen Blatt gewährten Interview den Wert der von Frankreich immer noch harinädig geforderten Kontrollkommission in der entmilitarisierten Rheinlandzone zu bezweifeln. Namentlich Bertinaz vom Echo de Paris wirft sich als Wortführer des patriotischen Jurnes auf. Er erklärt es als unzulässig, daß Painlevé die französische Position schwäche. Den ganzen Winter über habe der Quai d'Orsay an der Fertigstellung eines Projekts über diese Kontrollkommission gearbeitet und es sei ihm sogar gelungen, auch den englischen Außenminister Chamberlain zur Ausarbeitung einer ähnlichen Denkschrift zu veranlassen. Wenn diese englische Denkschrift nun von der Arbeiterregierung in den Papierkorb geworfen worden sei, so sei das noch kein Grund dafür, daß Painlevé, der schon die französische Armee desorganisiert habe, auch das französische Projekt torpediere.

Aber wichtiger als alle Jurnesausbrüche der Rechten ist die Tatsache, daß das Painlevé-Interview zum Ausgangspunkt einer öffentlichen Debatte über die Frage zu werden scheint, ob man wirklich an einer Kontrollkommission festhalten soll oder nicht. Die radikale Exe Nouvelle läßt heute durchblicken, daß Frankreich vielleicht doch besser verzichte, denn es handle sich darum, die provinzielle Ordnung in Europa durch eine endgültige bessere Ordnung zu ersetzen. In dieser neuen Ordnung müßten alle üblen Erinnerungen an den Krieg verschwinden und alle Spuren der kostspieligen und gefährlichen Militärparaden am Rhein verwischt werden.

Steuerfreiheit der Verfassungsfeiern

In einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums wird bestimmt, daß Veranstaltungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, dauernd von der Vergünstigungssteuer befreit bleiben.

Henderson und Sowjetregierung

SPD London, 15. Juli.

Außenminister Henderson teilte im Unterhaus mit, daß die Sowjetregierung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu England bisher in London keine Schritte unternommen hätte. Die britische Regierung habe die russische Regierung inzwischen jedoch durch Vermittlung der norwegischen Regierung bitten lassen, einen Vertreter nach London zu schicken, der mit der britischen Regierung die besten Methoden für eine Regelung der noch vor Aufnahme der normalen Beziehungen zu erledigenden Fragen besprechen soll.

Hans Delbrück gestorben

SPD Berlin, 15. Juli.

Der bekannte Historiker Professor Hans Delbrück ist im Alter von 81 Jahren plötzlich gestorben.

Prof. Hans Delbrück wurde am 11. November 1848 in Bergen auf Rügen geboren. Er studierte Geschichte in Heidelberg, Greifswald und Bonn und nahm als Referendarius am Feldzug 1870/71 teil. Im Jahre 1873 promovierte er zum Doktor der Philosophie und widmete sich dann insbesondere dem Studium der Kriegsgeschichte. In Berlin habilitierte er sich im Jahre 1881, wurde 1885 außerordentlicher Professor und 1898 als Nachfolger des großen Historikers Treitschke ordentlicher Professor der Geschichte. Er leitete gleichzeitig lange Jahre die Preussischen Jahrbücher und war auch als preussischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter tätig. Von seinen zahlreichen Schriften, in der Mehrzahl Kriegswissenschaftlichen Inhalts, sind besonders zu erwähnen eine umfassende Geschichte der Kriegskunst, „Geist und Masse in der Geschichte“, „Krieg und Politik“, „Weltgeschichte“, „Bismarcks Erbe“. Nach dem Kriege war Professor Delbrück Gutachter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Ursachen der deutschen Niederlage im Weltkrieg und Mitglied der historischen Kommission für das Reichsarchiv.

A-Lesehalle